

Das geht nur ganz anders. Aber nicht von allein!

Die vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften organisierten Kundgebungen und - nach heftiger Kritik - schließlich doch durchgesetzten Demonstrationen setzen sich nicht zum Ziel, die so genannten Reformen der großen Koalition zu verhindern.

Das Motto des DGB „das geht besser“ macht deutlich, dass es der Gewerkschaftsspitze lediglich darum geht, die „Reformen“ zu verbessern.

Aber: um was für Reformen handelt es sich? Sind es Reformen, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die angemessene Löhne und Renten ermöglichen, die ein ausreichendes Mindesteinkommen bei Erwerbslosigkeit garantieren, die eine qualitativ gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung ermöglichen? Nichts von alledem. Es handelt sich um Reformen, die auf allen Ebenen den Arbeitern und Angestellten, den Erwerbslosen, den Rentnern, der Jugend massive Verschlechterungen bringen. Es handelt sich um Reformen, die die Staatskassen – bei wachsender gesellschaftlicher Produktivität – zunehmend leeren, weil die Unternehmen dank ständiger „Steuerreformen“ immer weniger Gewinnsteuern zahlen und gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Es handelt sich in Wahrheit um eine weitere Umverteilung zugunsten der Unternehmen, der Kapitaleigner, der Reichen.

Diese Reformen können nicht verbessert werden, weil sie sich grundsätzlich gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richten.



Das Motto des DGB „das geht besser“ zielt ab auf eine Unterstützung der SPD im Rahmen der großen Koalition. Es unterstellt, dass die CDU für Sozialabbau sei, die SPD aber für soziale Erneuerung stehe.

Das Motto der Gewerkschaftslinken ist ein anderes. Wir sagen: „**Das geht nur ganz anders. Aber nicht von allein!**“ Die Kundgebungen und Demonstrationen am 21. Oktober müssen deutlich machen, dass es ausschließlich darum gehen kann,

die Reformen zu Fall zu bringen, sie zu verhindern. Die Gewerkschaftslinken setzt auf den anhaltenden Protest, der mit dem 21. Oktober keineswegs beendet sein darf und wird. Betriebliche Protesttage müssen folgen. Aktionen in der Arbeitszeit oder in die Arbeitszeit hinein wären ein großer Fortschritt. Wir sollten dafür sorgen, dass die parlamentarischen Beratungen und das Gesetzgebungsverfahren durch wirkungsvolle Aktionen erheblich gestört werden.

Wir meinen, dass Sozial- und Lohnabbau nicht alternativlos sind, dass angemessene Löhne und Renten, ein ausreichendes Mindesteinkommen bei Erwerbslosigkeit, eine qualitative Gesundheitsversorgung, eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlicher Wohnungsbau bezahlbar sind.

Sie sind bezahlbar auf Kosten der Profite des Kapitals.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, weil und damit Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten sind das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist.

Alle gemeinsam gegen das Kapital – eine solche Stimmung brauchen wir am 21. Oktober und erst recht darüber hinaus!

Die Entschlossenheit der aktiven Gewerkschafter verstärken und betriebliche Aktionstage während der Arbeitszeit durchführen – dies sind die nächsten Schritte.

Michael Köster (Rhein-Main Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken)

www.labournet.de

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

Auszüge aus „Junge Welt“-Artikel vom 2. Oktober 2006 von Daniel Behruzi:

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken will gegenseitige Unterstützung verbessern

Es gibt eine wachsende Bereitschaft, sich gegen die Politik des Shareholder-Value-Kapitalismus zur Wehr zu setzen – obwohl es an einer eindeutigen Perspektive durch die Gewerkschaften fehlt«. Dies stellte der Frankfurter ver.di-Sekretär Hans Kroha zur Eröffnung des Kongresses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) am Wochenende in der Mainmetropole fest. Ausdruck finde dies in einer Vielzahl betrieblicher Auseinandersetzungen. Diese standen denn auch im Mittelpunkt der Tagung.

Aktivisten von Alstom Power Mannheim, Daimler Chrysler Untertürkheim, Gate Gourmet Düsseldorf, dem Hamburger Hafen und aus dem öffentlichen Dienst berichteten von den Erfahrungen, die sie in den Konflikten der vergangenen Monate gesammelt hatten. Dabei wurde deutlich, wie sehr sich die Ausgangslage in den Betrieben voneinander unterscheidet. Während es in Großbetrieben wie Alstom Power und DaimlerChrysler Kampftraditionen und gewerkschaftliche Strukturen gibt, müssen sich diese in kleineren Unternehmen, aber auch in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes erst noch entwickeln.

Mangel an Solidarität

Bemerkenswert ist dabei, dass selbst kampfunterfahrene Belegschaften – wie beim Airline-Caterer Gate Gourmet oder in der Uniklinik Essen – gezwungen und in der Lage sind, zum Teil sehr langwierige und hart geführte Konflikte durchzustehen. Auch die Erfahrungen mit den gewerkschaftlichen Apparaten und mit innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sind teilweise recht unterschiedlich. So erklärte Joachim Schubert von Alstom Power, Einheit im Betriebsrat sei eine Voraussetzung für erfolgreiche Mobilisierung. Der Untertürkheimer DaimlerChrysler-Betriebsrat Michael Clauss berichtete hingegen von massiven Ausgrenzungsversuchen gegen linke Kritiker der Betriebsratsspitze im Werk.

Einig sind sich die Aktivisten allerdings darin, dass die fehlende gegenseitige Vernetzung und Unterstützung der Belegschaften ein zentrales Problem darstellt. »Die Gewerkschaft muss sich viel mehr darum kümmern, überbetriebliche Solidarität zu organisieren«, forderte Schubert. Durchaus selbstkritisch wurde allerdings angemerkt, dass auch die Gewerkschaftslinken selbst dies nur unzureichend tun. Alstom-Betriebsrat Wolfgang Alles verwies darauf, dass die IVG Zusammenhalt und Außenwirkung nicht in erster Linie durch Debatten, sondern durch gemeinsame Aktivitäten erzielen werde. Die IVG müsse ihre »Scharnierfunktion« zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften stärker wahrnehmen und in die

Beschäftigtenorganisationen hineinwirken. »Die Gewerkschaftslinken verpasst im Moment gute Chancen«, warnte Clauss. »Wir wollen nicht nur Debattierclub sein, wir wollen auch Einfluss nehmen«, betonte Klaus-Peter Löwen von Alcatel Stuttgart. Dafür bedürfe es aber eines soliden Unterbaus. Die gut 80 Konferenzteilnehmer diskutierten deshalb in Arbeitsgruppen, wie die Zusammenarbeit vor Ort verbessert werden kann.

Koalitionsvorhaben stoppen

Matthias Fritz, VK-Leiter von Mahle Stuttgart, argumentierte, die Krise der Gewerkschaften sei zuvorderst eine politische. »Das Hauptproblem ist die Unterwerfung unter den Konkurrenzgedanken«, monierte er. Der Stuttgarter ver.di-Geschäftsführer Bernd Riexinger betonte, die Linke müsse »gegen die Fortsetzung der Konzessionspolitik in den Gewerkschaften kämpfen«. Als aktuelle Beispiele für deren Scheitern nannte Riexinger den neuerlich abgesegneten Lohnverzicht bei Volkswagen und das Schicksal der ehemaligen Siemens-Mobilfunksparte BenQ, wo zuvor eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich akzeptiert worden war. »Gibt man einer Erpressung nach, kommt der Erpresser immer wieder und stellt höhere Forderungen – das kennt man aus jedem Krimi«, ergänzte Schubert von Alstom. Deshalb habe man in der langwierigen Auseinandersetzung um Arbeitsplatzabbau bei dem Kraftwerksbauer keine Verzichtsforderungen akzeptiert.

In den kommenden Wochen steht auch für die Gewerkschaftslinken die Mobilisierung zu den vom DGB geplanten Großkundgebungen am 21. Oktober im Vordergrund. »Diese müssen aber Auftakt für weitere Proteste sein, die das Ziel haben, ein oder zwei Vorhaben der Koalition tatsächlich zu Fall zu bringen«, forderte Riexinger, der eine Zuspitzung des Widerstands gegen die »Gesundheitsreform« und die Rente mit 67 vorschlug. Nach dem Aktionstag müssten betriebliche Aktionen folgen. »Für weitergehende Proteste zu argumentieren, wird aber erheblich schwerer, wenn am 21. Oktober nicht genug Masse zusammenkommt«, so der ver.di-Funktionär.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster

Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 18. Oktober 2006